



Medienmitteilung – Ressorts Politik, Wirtschaft, Gesundheit

Niederlande machen Schluss mit der Heuchelei und beschliessen komplette Legalisierung von Cannabis

Parlament stimmte 77:72 für Regulierung von Produktion und Verkauf

Wien, 22. Februar 2017 – Im niederländischen Parlament wurde am vergangenen Dienstag eine Gesetzesvorlage mit 77:72 Stimmen beschlossen, die den regulierten Anbau von Cannabis regelt und damit endlich das Problem der paradoxen „Achterdeur“-Wegschaupolitik löst. Bisher war nur der Verkauf an Endverbraucher in Kleinstmengen legal. Der Cannabis-Einkauf der Coffeeshops von den Produzenten war aber immer noch mit Strafe bedroht.

Die Gesetzesvorlage der D66-Politikerin Vera Bergkamp soll die Grauzone an der Hintertür der Coffeeshops beenden. Coffeeshops durften nie mehr als 500 Gramm Cannabis-Produkte lagern. Bisher sahen die Behörden jahrzehntelang beim ungeregelten Einkauf der Coffeeshops weg. In den Niederlanden können Polizei-Beamte ihre Arbeit zu einem hohen Grad den wahren Prioritäten widmen.

Der von einer progressiven Koalition getragene Entschluss wird im ganzen Land begrüsst, wo die Verschärfung der Coffeeshop-Regelungen vor einigen Jahren die Situation verschlechtert und zu höherer Kriminalität nach 40 Jahren pragmatischer Vernunft-Politik geführt hatte.

Dutzende ländliche Bezirke und Gemeinden haben ein Manifest zur geregelten Cannabis-Produktion unterzeichnet und 25 Gemeinden haben Modellprojekte beim Innenministerium eingereicht.

Hanf-Institutsobmann Toni Straka sagte dazu: "Es ist erfreulich, dass die Niederländer nach einiger Verunsicherung durch populistische Rechtspolitiker wieder auf den Pfad einer lebensnahen Politik - zurückkehren. Damit können jetzt seit Beginn des Jahres 2017 schon fast 100 Millionen Menschen in zwei EU-Ländern legal Cannabis erwerben und konsumieren."

Straka hofft, dass die Legalisierung in den Niederlanden und die überraschend schnelle Legalisierung von medizinischem Cannabis in Deutschland Ende Jänner auch in Österreich zu einer Normalisierung im Umgang mit der ältesten Heilpflanze der Welt führen wird.

Dies sei aus gesundheitspolitischer und volkswirtschaftlicher Perspektive der vernünftigste Weg. „Mit einer Legalisierung von Cannabis als Genussmittel und Heilpflanze könnten bei Exekutive, Justiz und im Gesundheitssektor schon im ersten Jahr Millionenkosten, die die bisherige Verfolgung eines opferlosen Verbrechens kostet, eingespart werden. Der Finanzminister wiederum könnte sich über Steuereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe freuen. Die Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen wären ebenfalls enorm. In Colorado, wo Cannabis komplett legalisiert wurde, spülen die Reformen Millionenbeträge in die Staatskasse und bisher entstanden

über 40.000 Arbeitsplätze“, sagte Straka.

[Hanf-Institut \(HI\)](#)

Rückfragehinweis:

Toni Straka toni.straka@hanfinstitut.at, Tel: +43 676 6966664